

„Lärmpausen sind Kosmetik“

Herbe Kritik von Main-Kinzig-Kreis, Hanau, Maintal und Neu-Isenburg an Konzept für leiseren Flughafen

HANAU/FRANKFURT ▪ Der Main-Kinzig-Kreis sowie die Städte Hanau, Maintal und Neu-Isenburg wenden sich gemeinsam gegen das Lärmpausenmodell, das derzeit am Frankfurter Flughafen getestet wird und demnächst in den Regelbetrieb übernommen werden soll. Beim Lärmpausenkonzept werden spätabends und frühmorgens die An- und Abflüge auf bestimmten Bahnen konzentriert, um lärmbelastete Gegenden um den Flughafen zeitweise zu entlasten.

Einen Tag, bevor die Fluglärmkommission ihre Haltung zu dem seit dem Frühjahr 2015 praktizierten Lärmpausenkonzept vorlegen will, fordern die Kritiker der Regelung ein „echtes Nachtflugverbot in der Zeit zwischen 22 und 6 Uhr ohne Ausnahmen“. Man befürchte, dass sich die hessische Landesregierung mit den „Lärmpausen“ ihrer Verpflichtung entledige, für eine spürbare Lärmentlastung ihrer Bürger zu sorgen. Das Verfahren sei reine „Kosmetik“, täusche die Menschen und bringe unterm Strich nichts.

„Es wird nicht leiser, stattdessen leiden viele Kommunen unter einer Mehrbelastung. Die Lärmpausen sind nicht der große Wurf, erklärten Bürgermeister Herbert Hunkel (Neu-Isenburg/parteilos), die Stadträte Andreas Kowol (Hanau/Grüne) und Ralf Sachtleber (Maintal/parteilos) sowie die Erste Kreisbeigeordnete Susanne Simmler (SPD) nach einem Treffen im Hanauer Rathaus.

In Neu-Isenburg führe das erprobte Lärmpausenmodell dazu, dass 10900 Menschen morgens im Süden entlastet und dafür 18100 Menschen



Einen Tag, bevor die Fluglärmkommission über das Konzept der „Lärmpausen“ berät, machen der Main-Kinzig-Kreis sowie mehrere Städte Front gegen die Regelung. Sie soll zu einer faktischen Verlängerung des Nachtflugverbots führen. ▪ Foto: dpa

im Norden abends zusätzlich mit Lärm belastet würden, so Hunkel. Die zuständigen Dezernenten würden sich in der Sitzung der Fluglärmkommission am morgigen Mittwoch gegen das Modell im Regelbetrieb aussprechen, hieß es. Man gehe allerdings davon aus, dass eine Mehrheit für die Fortführung des Lärmpausenmodells und einen Übergang in den Regelbetrieb stimmen werde.

„Wir werden die Lärmpausen weiterhin daraufhin überprüfen, wie sich der Lärm durch dieses Modell verteilt und entwickelt. Von

einer ‘Pause’ im worteigenen Sinne kann jedenfalls nicht gesprochen werden“, heißt es in einer gemeinsamen Pressemitteilung des Kreises und der drei Kommunen.

Die Verfasser der Protestnote kritisieren, dass wenige Tage vor der Abstimmung nicht einmal alle Lärmesswerte aus dem weiteren Umland wie zum Beispiel aus Rodenbach und Erlensee vorliegen würden. Das passe „zum bisherigen Scheuklappen-Modus des Verkehrsministers Tarek Al-Wazir (Grüne) und der Deutschen Flugsicherung“. Der Lärmteppich wer-

de verschoben, ohne die jetzt stärker belasteten Gebiete mit in den Fokus zu nehmen. Oft lägen diese auch weiterhin außerhalb der Schutzzonen. Dies führe dazu, dass Hanauer, Maintaler, Erlenseer, Rodenbacher und viele andere keinen Anspruch auf Schallschutz oder Entschädigung aus dem hierfür gebildeten Regionalfonds hätten, sondern nur diejenigen, die sich innerhalb der Lärmschutzbereiche befinden.

Hanau, Neu-Isenburg, Maintal und der Main-Kinzig-Kreis fordern, die Lärmpausen wenn sie schon in den Regel-

betrieb übernommen würden, hoheitlich durch den Gesetzgeber zu sanktionieren. „Die Bürger verlangen nach klaren und nachvollziehbaren gesetzlichen Regelungen, wie das bei den anderen Flugverfahren zwingend vorgeschrieben ist. Von einfachen Absichtserklärungen oder Verträgen zur Lärmentwicklung wollen sie zu Recht nichts hören. Wir brauchen eine Entlastung qua Gesetz, klar definierte Lärmbegrenzungen und ein Überwachungsverfahren, fordern Hunkel, Kowol, Sachtleber und Simmler. ▪ mic